

Die GLP will Fraktionsstärke erreichen

Die **Grünliberalen** haben sich für die kommenden **Regierungs- und Grossratswahlen** ein ehrgeiziges Ziel gesetzt. Mit **neuen Impulsen** versucht die junge Partei aus ihrem derzeitigen Tief zu kommen.

► GIAN ANDREA MARTI

W

Werden die Grünliberalen (GLP) für die Bündner Regierungswahlen vom 10. Juni 2018 eine Kandidatin oder einen Kandidaten nominieren oder wird sich die Partei stattdessen voll und ganz auf die am selben Datum stattfindenden Grossratswahlen konzentrieren? Am kommenden Samstag, dem 11. November, wird in dieser Frage Klarheit herrschen. Dann nämlich wird die GLP Graubünden an ihrer Mitgliederversammlung und Strategietagung im Plantahof in Landquart die Nominierung ihrer Kandidaten für die kantonalen Wahlen bekannt geben. Der Bündner GLP-Präsident Gaudenz Bavier wollte jedenfalls auf Anfrage des BT noch keine Namen zu möglichen Nominierten nennen. Auch auf die Frage zu möglichen Favoriten blieb Bavier schweigsam: «Dazu will ich momentan noch nichts sagen», antwortete der Parteipräsident.

Fünf bis sechs Kandidaten

Immerhin: Auf die Frage nach den Wahlzielen wurde Bavier dann etwas konkreter: «Im Grossen Rat wollen wir diesmal sicherlich Fraktionsstärke erreichen». Dazu werde die GLP am Samstag fünf bis sechs Kandidatinnen oder Kandidaten für die Grossratswahlen nominieren. Die Chancen, dass dieses Vorhaben gelingt, sieht der 59-Jährige als intakt an. Zur Bildung einer Fraktion im Kantonsparlament ist nach geltender Regelung der Zusammenschluss von mindestens fünf Mitgliedern des Rates erforderlich. Für die Bündner GLP würde das für die kommenden Wahlen bedeuten, dass sie zusätzlich zu ihren bisherigen beiden Sitzen im Grossen Rat drei weitere erobern müsste. Derzeit vertreten Jürg Kappeler (Chur) und Walter von Ballmoos (Davos) die GLP im Kantonsparlament. Beide werden voraussichtlich auch



Wohin des Weges mit den Grünliberalen? Ex-GLP-Nationalrat **Josias Gasser** stapft am **Heinzenberg** mit GLP-Lab-Vertretern durch den Schnee. (ZVG)

2018 wieder zur Wahl antreten. «Mir gegenüber haben sie diese Zusage gemacht und ich gehe auch davon aus, dass sie am Samstag durch die Mitgliederversammlung bestätigt werden», so Bavier.

Regierungssitz: Chancen gering

Unklarheit herrscht hingegen noch bei den Regierungswahlen. Gemäss Bavier ist nicht sicher, ob die Partei überhaupt jemanden als Kandidaten für das prestigeträchtige Amt nominieren wird. Denn die

Chancen auf einen GLP-Regierungsrat sind gering. 2014 landete der damalige Regierungsratskandidat der Partei, Jürg Kappeler, mit rund 9000 Stimmen auf dem letzten Platz. «Wir müssen uns deshalb fragen, ob es tatsächlich Sinn macht, einen Kandidaten für die Regierungswahlen aufzustellen, wenn absehbar ist, dass dieser auf dem hintersten Rang landen würde», sagte Bavier. Allenfalls lohne es sich für die Partei deshalb eher, wenn sie sich voll und ganz darauf

konzentriere, Fraktionsstärke im Grossen Rat zu erlangen.

Wie weiter mit der GLP?

Die Erreichung dieses Ziels sieht Bavier als wichtigen Schritt, die GLP aus ihrem derzeitigen Tief zu führen. «Das würde hoffentlich auch junge Leute motivieren, aktiv bei uns mitzuarbeiten.» Denn nach Ansicht des GLP-Präsidenten fehlt es der jungen Partei an Personen, «die bereit sind, am Karren mitzuziehen». Die Rekrutierung des politischen Nachwuchses gestalte sich als sehr schwierig. Für die Wahlen gelte es zudem, mit mehr Öffentlichkeitsarbeit das Profil der Partei zu schärfen. An den beiden thematischen Standbeinen der GLP, Wirtschaftsförderung und Ökologie, wolle man weiterhin festhalten. Es gelte aber, die Standpunkte der Partei, etwa bei Initiativen, klarer nach aussen zu kommunizieren.

GLP Lab erstmals in der Ostschweiz

Einen neuen Weg beschreitet die Partei mit dem vor einem Jahr gestarteten GLP Lab, das am Samstag von 13 bis 15 Uhr an der Mitgliederversammlung durchgeführt wird. Das als «offenes Politlabor» gedachte Projekt komme damit erstmals in die Ostschweiz, sagte Mitgründerin und Lab-Leiterin Corina Gredig. Einen Bündner Bezug habe das GLP Lab schon länger. «Die Idee dazu, wurde bei einem Fondue am Heinzenberg mit Josias Gasser konkretisiert, der auch gleich das Startkapital von 30 000 Franken beisteuerte», so Gredig. Mit dem Projekt solle Interessierten die Möglichkeit gegeben werden, sich in die politischen Debatten einzubringen, ohne dass sie sich in die Parteistrukturen eingliedern müssten. Das GLP Lab stehe deshalb allen offen, auch Nicht-GLP-Mitgliedern. In Gruppen sollen Ideen dazu erarbeitet werden, wie Graubünden derzeitige Herausforderungen wie den demografischen Wandel, die Digitalisierung oder den Klimawandel als Chance nutzen könne. Diese Ideen sollen am Schluss in konkrete Forderungen, etwa in Form parlamentarischer Vorstösse, umgewandelt werden.

Zweitheimische ab 2018 mit zentraler Anlaufstelle

TOURISMUS Die Interessengemeinschaften (IG) und Vereine der Zweitwohnungsseigentümer des Kantons Graubünden haben sich kürzlich zum zweiten Mal getroffen und entscheidende Massnahmen verabschiedet. Laut einer Mitteilung haben die Vorstandsmitglieder der 13 IG und Vereine entschieden, eine gemeinsame Strategie mit einem Konzept zu erarbeiten, um sich gegenüber der Politik und Wirtschaft «verständlicher und besser» positionieren zu können. Eine Massnahme ist die Schaffung einer Koordinationsstelle. Diese soll 2018 aktiv werden und zum einen die Vertretung gegen aussen übernehmen, zum anderen eine zentrale Anlaufstelle für alle beteiligten Parteien zum Thema Zweitwohnungen Graubünden sein. Wie Ignaz Derungs, Initiant und Präsident der IG Zweitwohnungen Brigels und Umgebung, auf Anfrage ausführte, soll ein Gremium oder Präsidium, bestehend aus drei bis fünf Personen aus allen Regionen, gebildet werden. Zudem wolle man eine externe Kommunikationshilfe beziehen. In erster Linie wollen die Bündner Zweitheimischen – über 6000 Mitglieder sollen den 13 IG und Vereinen angehören – ihren Auftritt professionalisieren. Sie beabsichtigten, sich gemäss einem 4-Säulen-Prinzip – Transparenz, Dialog, Wertschätzung und Solidarität – in der Zweitheimat einzubringen. «Dies bedingt jedoch, dass uns dieselben Werte aus unserer Zweitheimat von Bevölkerung, Behörden und Politik entgegengebracht werden.» Man wolle mithelfen, dass es den Bergregionen besser gehe. (NM)

Zai produziert weiter Ski – aber an einem neuen Ort

SKI Die Bekanntgabe der Neupositionierung der Marke Zai und die damit verbundene Verlagerung der Skiproduktion (BT am Wochenende vom 7.10.) hat zu verschiedenen Spekulationen Anlass gegeben. Gestern bekräftigte Zai in einer Medienmitteilung, dass die Manufaktur in Disentis Ende März 2018 zwar geschlossen wird, die Skiproduktion aber nicht eingestellt, sondern an einen neuen Ort in der Schweiz verlegt wird. In Disentis bestehen bleiben sollen die Bereiche Service und After Sales, zudem sei geplant, ein schlankes Design- und Entwicklungs-LAB aufzubauen. Gemäss Mitteilung wird diese Neuausrichtung von den Investoren voll und ganz mitgetragen. Wie das BT bereits berichtete, will sich der Edel-Skihersteller in den Bereichen Golf, Licensing und Textil weiterentwickeln. Im Zentrum der Marke Zai stehe aber nach wie vor der Ski. Die Planung für die Kollektion 2019/2020 sei bereits angelaufen. «Konkret ist zwar noch nichts, es haben sich aber viele Türen geöffnet», sagte CEO Benedikt Germanier gegenüber dem BT. Die Zusammenarbeit mit Händlern und Partnern bleibe weiterhin bestehen und werde sogar gestärkt. (NW)

Untervaz wählt Vertreter für nächste Amtsperiode

UNTERVAZ Die Gemeindeversammlung von Untervaz hat am Freitag ihre Behördenvertreter für die Amtsperiode 2018 bis 2020 bestimmt. Gemäss einer Mitteilung wurde Gemeindepräsident Hans Krättli-Hardegger mit 109 Stimmen im Amt bestätigt. Weiter wählte die von 121 Stimmberechtigten besuchte Versammlung Loris Zanolari-Polinelli als Ersatz für den demissionierten Rolf Hug-Eggenberger in den Gemeindevorstand. Die weiteren drei Gemeindevorstandsmitglieder, Erika Cahenzli-Philipp, Patrick Eisenhut und Martin Frei, wurden wiedergewählt, genauso die drei Mitglieder der Geschäftsprüfungskommission. Im Schulrat nehmen neu Einsitz Nicole Danuser-Theus und Sandra Krättli-Wieland. Sie ersetzen Regula Walder-Hedinger und Irma Wolf-Wolf, die beide demissioniert hatten.

Im Weiteren befasste sich der Souverän mit drei Traktanden betreffend der Elektrizitätsversorgung Untervaz (EVU); der Totalrevision des EVU-Reglements, der Teilrevision des Erschliessungsreglements und dem Erlass der Verordnung über den Parallelbetrieb von Energieerzeugungs- und Speichieranlagen. Gemäss der Gemeindekanzlei wurden alle drei Geschäfte genehmigt. (BT)

KURZ GEMELDET

Bündner Lehrplan 21 wurde übersetzt Knapp ein Jahr vor der Einführung des Lehrplans 21 Graubünden auf das Schuljahr 2018/19 liegt dieser nun auch auf Romanisch und Italienisch vor. Laut Mitteilung der Standeskanzlei Graubünden sind alle drei Bündner Lehrpläne ab sofort unter www.lehrplan.ch online abrufbar.

Senkung der Wasserzinsen vom Tisch - vorerst

Bundesrätin **Doris Leuthard** will dem Parlament **keine Wasserzinssenkung** vorlegen. Das **Lobbying der Gebirgskantone** hat gefruchtet – zumindest vorerst.

Am Sonntag machte Not Carls Herz einen Hüpfen: In der «Sonntags-Zeitung» war zu lesen, dass Bundesrätin Doris Leuthard dem Parlament keinen Vorschlag zur Senkung der Wasserzinsen vorlegen werde. «Die beiden Räte würden voraussichtlich nicht einmal darauf eintreten», sagte sie. Dabei hatte der Bundesrat doch bereits beschlossen, eine temporäre Senkung des Wasserzinses von 110 auf 80 Franken pro Kilowatt Leistung vors Parlament zu bringen. Die Vernehmlassung dazu lief bis 13. Oktober. Für Graubünden, wohin jährlich rund 120 Millionen

Franken an Gemeinden und Kanton fliessen, hätte der Vorschlag massive Mindereinnahmen bedeutet. Not Carl setzt sich als Präsident der IG Konzessionsgemeinden vehement dafür ein, dass dies nicht geschieht.

Bessere Karten für Graubünden

Carl bezeichnete gestern Leuthards Äusserung als Etappensieg, mehr nicht. «Man stelle sich vor, die Senkung wäre durchgekommen. Dann wären unsere Karten bei der Neugestaltung des Strommarktes bedeutend schlechter gewesen.» Denn für die Zeit nach 2022 muss der Strom-

markt neu geregelt werden. Die vom Bund vorgeschlagene Senkung wäre nur eine Übergangslösung für die Jahre 2020 bis 2022 gewesen. «Das Lobbying der Stromkonzerne ist gescheitert», sagte Carl. Deren Strategie sei es gewesen, die Wasserkraft als Verlustgeschäft darzustellen. Die IG Konzessionsgemeinden habe aber frühzeitig auf Gutachten hingewiesen, die zu einem anderen Schluss kamen. Zudem habe sich der Strompreis in den letzten Monaten stark erholt – «die Zeit spielt für uns», erklärte Carl.

Weitgehend auf der Linie der Konzessionsgemeinden liegt die Regierungskonferenz der Gebirgskantone (RKGK), deren Mitglied der Bündner Regierungsrat Mario Cavigelli ist. Im August legte er an einer Medienkonferenz der RKGK deren Ansichten dar und stellte fest: «Die sieben in unserer Konferenz zusammengeschlossenen Regierungen lehnen die vom Bundesrat vorgeschlagene generelle Reduktion des Wasserzinsmaximums von 110 auf

80 Franken pro Kilowatt einstimmig und strikte ab.»

Cavigelli will noch nicht jubeln

Gegenüber dem «Bündner Tagblatt» sagte Cavigelli gestern, dass in den letzten Wochen Anzeichen zu erkennen gewesen seien, dass der Bundesrat den Vorschlag überdenken würde. Leuthards Äusserung sei deshalb wenig überraschend gewesen. Eher überrascht habe ihn der Zeitpunkt der Bekanntmachung noch bevor der Bundesrat seine Botschaft verabschiedet hat. «Solange dies nicht geschehen ist, möchte ich auch noch nicht jubeln», so Cavigelli. Ausschlaggebend für Leuthards Rückzieher dürften die zahlreich eingegangenen Stellungnahmen zur Vorlage gewesen sein, meinen sowohl Cavigelli wie Carl. Insbesondere bei den grossen Parteien sei es gelungen, sie vom Wert der Wasserkraft für die Schweiz und somit auch für ein Beibehalten des heutigen Wasserzinses zu überzeugen, so Cavigelli. JULIAN REICH

INSERAT